

„Die zur Verfügung gestellten Daten sind immer noch nicht detailliert genug, um unabhängig und genau beurteilen zu können, inwieweit die Plattformen aktiv dazu beigetragen haben, die Verbreitung von Desinformation in der EU zu verhindern.“

Vor der Europawahl hat die EU-Kommission am Freitag die US-Konzerne Google, Facebook und Twitter für ihre Nachlässigkeit im Kampf gegen die Verbreitung von „Fake News“ gerügt: Sie müssten mehr tun, um die Integrität ihrer Dienste zu schützen – auch was Anzeigen betrifft. Die Technologieriesen hatten im Oktober versprochen, bewusste Falschmeldungen zu unterbinden, um eine Verschärfung der Vorschriften in der EU zu verhindern.

# Was nun, Europa? – Mission ins Ungewisse

KRISEN, BREXIT, JUBEL-ARIEN: Wo steht die Europäische Union und wie soll es weitergehen? – Die Wahl zum Europaparlament könnte eine Wegscheide sein

BRÜSSEL (dpa). Mit der Ode an die Freude ging alles zu Ende. „Es ist unsere Aufgabe, Europa zusammenzuhalten“, rief Lojze Peterle den Abgeordneten bei der letzten Sitzung vor der Wahl im Straßburger Europaparlament zu, zückte die Mundharmonika und blies die Europahymne. Die verdutzten Kollegen des slowenischen Christdemokraten sprangen auf, klatschten und jubelten. Dann war das 8. Europäische Parlament Geschichte.

Vor der Europawahl bangt die EU nun, wie es mit der neunten Auflage der seit 1979 direkt gewählten Volksvertretung weitergeht. Von einer „Schicksalswahl“ sprechen einige, vom „Kampf um die Seele Europas“. EU-freundliche Parteien der Mitte müssen eine Schlappe fürchten. Nationalistische Populisten hoffen auf einen Triumph.

Diese Wahl könnte die EU lähmen. Oder Schub für eine Erneuerung bringen.

Erstmals seit 1967 könnte mit Manfred Weber, CSU-Politiker und EVP-Fraktionsvorsitzender im EU-Parlament, ein Deutscher das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bekleiden. In Deutschland könnte der Anfang vom Ende der großen Koalition beginnen. Könnte: Vor dieser Wahl ist vieles ungewiss.

## Der Wähler – ein wankelmütiger Geselle

Selbst Politprofis trauen sich nicht zu, das Abschneiden der Parteien in den 28 EU-Staaten genau einzuschätzen. Zu vielfältig sind nationale Einflüsse, die auf den letzten Metern noch ein paar Prozente hin oder her schieben können – das Aufsehen um einen kirchenkritischen Film in Polen, der Streit zwischen Regierung und Präsident in Rumänien, die nahe Parla-



Turbulente Zeiten – nicht nur für die hier abgebildete EU-Fahne.

APA/afp/MICHAL CIZEK

mentswahl in Dänemark – und natürlich das nicht enden wollende Drama um den Brexit. Kommen die Wähler mit dem dicken Denkkettel?

Die Denkfabrik European Council on Foreign Relations kam zum Schluss, dass die Wähler nicht so polarisiert seien wie oft angenommen. Vielmehr seien sie wankelmütig. 38 Prozent hätten das Vertrauen in die Politik verloren, ob nun auf nationaler oder europäischer Ebene.

## 10 Jahre gewissermaßen Dauerkrise

Frust und Ratlosigkeit kommen zum Teil daher, dass „die Politik“, aber eben auch die EU mit den Krisen der vergangenen Jahre nur leidlich fertig wurde. Mit ihren Errungenschaften dringt die EU kaum durch, mit der Abschaffung der Roaming-Gebühren etwa, mit Jubelbotschaften über fast 400 Milliarden Euro zusätzlicher Investitionen, Wirtschaftswachstum und Millionen neuer Jobs.

Auch zieht nicht überall das Argument, dass das schwächliche Europa nur geeint den Wirtschaftsriesen USA und China Paroli bieten kann, vor allem im Welthandel. Der Kommissionsvize und sozialdemokratische Spitzenkandidat Frans Timmermans brachte es so auf den Punkt: „Wenn wir gespalten sind als Europäer, sind wir schwächer. So einfach ist das.“ Klingt simpel, aber für viele auch abstrakt.

Stärker ist offenbar das Gefühl von Umbruch, Niedergang und Ohnmacht. „Seit 10 Jahren verharrt die EU in einer phasenweise existenziellen Dauerkrise“, schreibt der ehemalige Diplomat Eckhard Lübke in einer Analyse für die Stiftung Wissenschaft und Politik. 2008 kam die Weltwirtschaftskrise, 2010 das Wanken des Euro, 2015 der Fast-Rauswurf Griechenlands. 2015 und 2016 die blutigen Anschläge in Paris, Brüssel, Berlin – verübt von Terroristen, die sich frei in Europa bewegen konnten. Und schließlich die Flüchtlings-

bewegung übers Mittelmeer und quer durch die EU bis nach Nordeuropa.

## Anscheinend einfache Rezepte

Während die komplizierte, langatmige EU in immer neuen Krisengipfeln und Nachtsitzungen um Antworten rang und bei Problemen wie der Asylpolitik nur Scheinlösungen fand, versprachen in vielen Ländern von Finnland bis Italien Nationalisten einfache Rezepte: Alleingänge und Abschottung. Den größten Erfolg verbuchten sie 2016 beim Brexit-Referendum in Großbritannien – für die EU ein Tiefschlag.

3 Jahre später haben die Brexiters immer noch nicht geliefert – mangels Einigung in London müssen die Briten sogar noch einmal an der EU-Wahl teilnehmen. Und ausgerechnet der Verdross über die Unfähigkeit der britischen Parteien könnte scharenweise EU-Kritiker von der Insel ins EU-Parlament bringen.

## Populisten auf dem Vormarsch

Rechnerisch kamen die bisher 3 EU-kritischen Fraktionen ENF, EFDD und EKR in der offiziellen Projektion des Europaparlaments zusammen auf gut 23 Prozent – nur knapp hinter der Europäischen Volkspartei (EVP), die als stärkste Fraktion bei etwa 24 Prozent lag.

Der italienische Rechtspopulist Matteo Salvini will alle Kräfte in einer rechten „Superfraktion“ bündeln. Eine starke EU-kritische Minderheit könnte wohl in erster Linie Sand ins Getriebe streuen und die Gesetzgebung lähmen. Und sie könnte Ansprüche auf EU-Spitzenjobs erheben.

## Das Personalpaket

Als sich der Deutsche Manfred Weber unter den dröhnenden Klängen des Stones-Klassikers „Start me up“ im November in Helsinki zum EVP-Spitzenkandidaten küren ließ, hoffte er vielleicht noch auf einfachere

Mehrheiten, die ihn als Nachfolger von Jean-Claude Juncker ins Amt des Kommissionschefs bringen könnten. Doch mit erwarteten 24 Prozent für die EVP hat Weber nur wenig bessere Chancen als Timmermans, dessen Sozialdemokraten bei knapp 20 Prozent liegen. Er wählte für seine Nominierung in Lissabon den Retrohit „Bella Ciao“.

Da Christ- und Sozialdemokraten zusammen keine Mehrheit haben dürften, buhlen sie schon jetzt um Liberale, Grüne oder Linke als Bündnispartner. Vor allem die Liberalen dürften zulegen, zumal sie mit der Partei La République En Marche des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zusammengehen wollen. Doch sähen sie statt Weber lieber die Dänin Margrethe Vestager an der Spitze der Kommission. Es sind indes weitere Posten neu zu besetzen: die Ämter von Ratspräsident Donald Tusk, der Außenbeauftragten Federica Mogherini, des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi. Sie alle gehen. Es wird ein kompliziertes Puzzle und ein Machtkampf.

Schon in den Stunden nach der Wahl dürften die Parteien im Parlament versuchen, Mehrheiten zu schmieden – bevor sich am 28. Mai die EU-Staats- und Regierungschefs treffen und selbst das Kandidatenkarussell anwerfen. Ratschef Tusk will bis Juni ein Personalpaket fertig haben, fein austariert zwischen Männern und Frauen, Westen und Osten, Norden und Süden.

© Alle Rechte vorbehalten



## EUROPA-SPLITTER

# Von Gurken und kriminellen Migranten

POPULISMUS: Die Europäische Union als Ziel und Ursache von Unmut in der Bevölkerung

Diese Woche warf der österreichische Bundeskanzler der EU „Überbürokratisierung“, „Regelungswahnsinn“ und „Bevormundung“ vor. Er forderte die Streichung von „1000 EU-Verordnungen“, denn „kein Mensch braucht EU-Vorgaben, etwa für die Zubereitung von Schnitzel und Pommes“. Die Erklärung, um welche EU-Verordnungen es sich handle blieb ebenso aus wie eine sachliche Begründung zum Zeitpunkt dieses kritischen Ausritts.

Freilich handelt es sich um die Endphase des EU-Wahlkampfes, in dem populistische und EU-kritische Parteien gerne die Tatsache ausnützen, dass die Bevölkerungen recht wenig über die EU wissen. Der Kanzler aber gehört einer Partei an, die sich traditionell als Europapartei positionierte. Der EU-Kommissionspräsident – der gleichen Partiefamilie entstammend – ließ nicht lange auf eine Retourkutsche warten. In einem Interview mit der Tageszeitung „Der Standard“ erinnerte er sich verwun-



Außenansicht des Europäischen Gerichtshofs (EuGH).

dert, dass der Kanzler ihm bei seinem ersten Amtsbesuch dafür gelobt habe, dass die neue Juncker-Kommission deutlich weniger reguliere als frühere EU-Kommissionen.

Zu der vom Kanzler inkriminierten Acrylamid-Verordnung (dient der Vermeidung von krebserregenden Stoffen in unseren Lebensmitteln) stellt der Kommissionspräsident fest, dass Österreich selbst im Rat der EU für diese Verordnung gestimmt habe. Hier fällt gar das Wort von

„bewusster Schizophrenie“. Und der Kommissionspräsident beruhigt die Österreicher, dass die Verordnung keineswegs das Anrichten und Verspeisen von Schnitzel samt Pommes verbieten würde. Schließlich unterschied der scheidende Präsident im Interview zwischen „Vollzeiteuropäern“ und „Teilzeiteuropäern“, ohne allzu großen Zweifel zu lassen, zu welcher Gruppe der Kanzler nun zählt.

Ebenso diese Woche fällt der EU-Gerichtshof in Luxemburg

ein Urteil, das die Abschiebung von schwer kriminellen Asylanten erschwert, worauf Italiens Innenminister Italiens meinte, dass dieses Europa verändert werden muss. Und was die EU Haushaltsvorgaben betreffe, so sei es nicht nur ein Recht, sondern gar eine Pflicht, diesen „Europäischen Käfig“ zu ändern.

Insgesamt ist die Frage, was die EU regeln soll und welche Grenzen das Subsidiaritätsprinzip zieht, eine alte. Immer, wenn ihr auf seriöse Weise nachgegangen wurde, fanden sich kaum Argumente für eine radikale Veränderung der Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten.

In Wahlzeiten wird dieser alte Hut aber gerne herausgezogen. So wie die fast sprichwörtliche Gurkenverordnung, welche die Krümmung von Gurken 20 Jahre lang normierte. Sie existiert seit 2008 nicht mehr, da sie auf Initiative der Kommission und gegen den Willen vieler Mitgliedstaaten – einschließlich Italiens – zurückgezogen wurde.

## 4 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg



ter als Strafe gleich.

#### „D“: Ist es politisch inkorrekt die EU zu kritisieren?

Toggenburg: Nein, um Gottes Willen. Die EU reguliert genauso gut und schlecht wie jeder Staat und soll dafür genauso kritisiert und gelobt werden. Das Problem ist, dass die Hoheit über die öffentliche Auseinandersetzung allein bei den Mitgliedstaaten und den nationalen Medien liegt. Da läuft dann schon mal was krumm...

#### „D“: Apropos krumm. Die EU-Gurkenverordnung war ein Volksfeind?

Toggenburg: Nein. Die Arme war wohl eher ein Medienopfer. Die Verordnung hatte den Zweck den Handel zu optimieren, Verladerraum zu sparen, Transportkosten zu senken. Nur wegen des medialen Drucks hat die Kommission sie zurückgezogen. Bauernverbände, Handel und viele Mitgliedstaaten wollten sie vehement behalten!

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz

#### „Dolomiten“: Macht es nicht wütend, wenn ein Asylant, der eine 15-Jährige vergewaltigt, nicht ausgewiesen werden darf?

Gabriel N. Toggenburg: Das ist ein natürlicher Reflex. Und es ist juristisch geboten, dass Gewalttäter mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden.

#### „D“: Warum dann keine Auslieferung?

Toggenburg: Einer der Betroffenen in dem Fall vor dem EuGH hatte tatsächlich eine 15-Jährige vergewaltigt. Es ging darum, ob so jemand in ein bestimmtes Land ausgewiesen werden kann, wenn ihm in diesem die konkrete Gefahr einer Verfolgung, Folter oder gar der Tod drohen. Wo dies der Fall ist, hat die Bestrafung bei uns, nach unserem Strafrecht, zu erfolgen. Alles andere käme der Wiedereinführung der Fol-